

Begrüßung

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Jörder,

sehr geehrte Frau Siewert,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein herzliches Willkommen zur Bundestagung der BAG W. Ich freue mich, dass über 550 Teilnehmer und Mitwirkende hierhergekommen sind, obwohl gegenwärtig noch attraktive Urlaubszeit ist, wie wir vielen Rückmeldungen entnehmen konnten.

Dortmund, diese Metropole des Ruhrgebietes, haben wir nicht zufällig als Ort unsrer diesjährigen Bundestagung gewählt. Bezeichnet doch der Bericht des Paritätischen (DPWV) zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011 das Ruhrgebiet als neue Problemregion mit besorgniserregender Dynamik. Gerade hier ist in den letzten Jahren eine dramatische Steigerung der Armutsquote zu verzeichnen. Und laut dem Folgebericht 2012 hat die relative Armut in der Stadt Dortmund seit 2005 um 30 Prozent zugenommen – von 18,6 auf 24,1 Prozent – eine Quote, die noch über der von Mecklenburg-Vorpommern liegt.

In der ganzen Bundesrepublik ist die Armut weiter gewachsen, wenn auch regional sehr unterschiedlich. Wir spüren das an dem gewaltigen Anstieg der Wohnungslosigkeit in Deutschland: nach unsrer Schätzung waren 2012 ca. 284.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung, 2010 waren es noch 248.000 – ein Anstieg um ca. 15 %. Die Prognose bis 2016 sieht sogar einen weiteren Anstieg der Wohnungslosigkeit um ca. 30 % auf dann 380.000 Menschen voraus

Diese Entwicklung geht ja mit einem Versagen des Wohnungsmarktes einher, gekennzeichnet von fehlendem bezahlbarem Wohnraum als Folge des praktisch abgeschafften Sozialen Wohnungsbaus. Hinzu kommt eine extreme Steigerung der Mietpreise, sodass wir mindestens für eine Reihe von Großstädten wieder von Wohnungsnot reden müssen.

Wir haben deshalb im letzten Oktober ein Gespräch mit dem für Wohnungsfragen zuständigen Staatssekretär im Bundesbauministerium geführt. Wir mussten dabei erleben, dass die offen zutage liegenden Fakten bestritten wurden bzw. eine Verantwortung des Bundes für diese soziale Fehlentwicklung rundheraus bestritten wurde. Auch unsere Forderung nach einer Einführung einer bundesweiten Wohnungsnotfallstatistik fand kein Gehör.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im vergangenen Wahlkampf mussten wir uns von den Regierungsparteien bis zum Überdruß anhören, wie gut es uns in Deutschland aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung geht. Dabei wurde verschwiegen – und das mit voller Absicht – dass seit 2011 kein positiver Zusammenhang mehr zwischen Wirtschafts- und Armutsentwicklung festgestellt werden kann. Ganz im Gegenteil: Zwar wuchs das Bruttoinlandsprodukt erfreulicherweise um 3,9 Prozent. Die Armut stieg jedoch ebenfalls und zwar um 4,1 Prozent.

Die Armutsentwicklung hat sich, so zeigen die Daten, endgültig von der Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt. Auch der Rückgang der Arbeitslosenzahlen hat den Anstieg der Armut nicht gebremst – weil Arbeitslosigkeit nämlich in hohem Maße durch prekäre Beschäftigung

ersetzt wurde. So hat derzeit ein Viertel aller Arbeitnehmer mies bezahlte Jobs im Niedriglohnbereich. Heute gibt es mehr als 860.000 sogenannte Aufstocker, die trotz Vollzeitjob auf Hartz IV angewiesen sind.

Die Politik scheint nicht willens oder in der Lage, gute wirtschaftliche Entwicklungen so zu nutzen, dass die immer tiefere Spaltung zwischen Arm und Reich in dieser Gesellschaft wenigstens ansatzweise gestoppt würde. Vielmehr hat sich die Dynamik dieser Spaltung seit 2011 sogar noch deutlich verstärkt.

Wir, die wir in unsrer Arbeit tagtäglich mit den Auswirkungen der Förderung des Reichtums und der Ausgrenzung der Armut konfrontiert werden, haben diese Politik gründlich satt!

Als demonstrativer Ausdruck dieser Haltung hat der Vorstand im Frühjahr den Beitritt der BAG W zum Bündnis „Umfairteilen“ beschlossen.

Da es aber höchste Zeit ist, konkret gegen die gewordenen und sich weiter entwickelnden Verhältnisse anzugehen, wählten wir sehr bewusst für diese Bundestagung den Titel „Wohnungslosenhilfe mischt sich ein – Strategien gegen zunehmende Armut und sozialen Ausschluss“ Wir wollen mit dieser Tagung allen Akteuren der Wohnungslosenhilfe den Anstoß geben, aktiv zu werden und sich einzumischen.

Einmischung in fach- und sozialpolitische Entscheidungsprozesse bedarf theoretischer Grundlagen und Zielsetzungen. Hierfür hat die BAG W in den zurückliegenden Jahren zahlreiche Positionen erarbeitet. Diese gilt es zu integrieren zu einer Grundlage für Bündnisse mit sozialen Bewegungen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Einmischung bedarf aber auch einer Strategie. Deshalb wird Dr. Thomas Specht, der Geschäftsführer der BAG W morgen Vormittag hier im Plenum die Nationale Strategie zur Wohnungsnotfallrahmenplanung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene präsentieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen heute zwar, wie die Bundestagswahl ausgegangen ist; noch aber ist unklar, welche Regierungskonstellation mit welchen politischen Zielen und Schwerpunkten die Entwicklung der nächsten Jahre bestimmen wird. Ich hoffe ich gehe nicht zu weit mit der Feststellung, dass die Wähler der kalten neoliberalen radikalen Marktideologie eine klare Absage erteilt haben.

Wer auch immer die Regierung bilden wird: eines Ich darf ihnen versichern: die BAG W wird nicht nachlassen, ihre Stimme gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu erheben. Einige unsrer Forderungen will ich hier explizit nennen:

- Bezahlbarer Wohnraum muss erhalten werden. Die soziale Wohnraumförderung muss fortgeführt, beziehungsweise wieder wirklich wirksam ausgebaut werden
- Wir brauchen dringend eine Mietpreisbremse bei Neu- und Wiedervermietungen
- Zur Verhinderung von Wohnungsverlusten müssen flächendeckend kommunale Fachstellen ausgebaut werden
- Um die zunehmende Wohnungslosigkeit junger Erwachsener zu stoppen darf es im SGB II keine Sanktionen bei den Kosten der Unterkunft mehr geben und das de-facto-Auszugsverbot ist zu streichen
- Für Langzeitarbeitslose, die keine Chance auf eine reguläre Beschäftigung mehr haben, brauchen wir einen sozialen Arbeitsmarkt. Dafür sind rechtliche Grundlagen für

die Verankerung von Sozialunternehmen zu schaffen und diese in der Gründungsphase zu unterstützen.

Es gibt viel zu tun – mischen wir uns ein!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu Beginn unsrer Bundestagung möchte ich mich nun noch sehr herzlich bei dem Land Nordrhein-Westfalen bedanken: es hat für die Durchführung dieser Tagung einen großen Zuschuss beigetragen. Herr Minister Guntram Schneider ist heute leider terminlich verhindert, er wird aber morgen zu Beginn ein Grußwort an uns richten.

Auch die Dortmunder Wohnungsbaugesellschaft dokumentierte ihre Haltung der sozialen Verantwortung durch einen Zuschuss für diese Tagung. Herzlichen Dank!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein umfangreiches, hochinteressantes, praxisorientiertes und theoriefundiertes Tagungsprogramm erwartet Sie. Ich wünsche Ihnen allen und der BAG W, dass Sie von hier viele Anregungen mitnehmen – und darunter vor allem, den Wunsch sich einzumischen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Winfried Uhrig